

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung (18. TA)

des Naturschutzbeirates

am Dienstag, 14.05.2019,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz, 1.
OG, Raum 107
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender:

Willi Baumhögger

Rhein. Landwirtschaftsverband

stellv. Vorsitzende:

Werner Bosbach

Fischereiverband NRW
Landesarbeitsgemeinschaft Natur und
Umwelt (LNU)

Dr. Martin Denecke

Mitglieder:

Ingrid Mayer

Bund für Umwelt- und Naturschutz
Deutschland (BUND)

Erich Schulz

Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Rainer Morgenstern

Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Landesgemeinschaft Naturschutz und
Umwelt (LNU)

Dr. Sascha Eilmus

Landesgemeinschaft Naturschutz und
Umwelt (LNU)

Karl-Theo Birk

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
NRW e. V. (SDW)

Erik Weiglhofer-Halbach

Rheinischer Landwirtschaftsverband e. V.

Franz Josef Klein

Gerd Willms

Waldbauernverband NRW

Hans Joachim Müller

Landesverband Gartenbau

Günter Hoffzimmer

Landesjagdverband NRW

Dr. Fritz Gestermann

Imkerverband Rheinland e. V.

Vertreter:

Dr. Ralf Bell

Bund für Umwelt- und Naturschutz
Deutschland (BUND) Vertretung für Frau
Mechtild Höller

Benedikt Rees

Bund für Umwelt- und Naturschutz
Deutschland (BUND)

Dr. Hans Georg Meyer

Landesgemeinschaft Naturschutz und
Umwelt (LNU)

Friedhelm Kamphausen
Heike Oderwald-Kuppel

Rheinischer Landwirtschaftsverband e. V.
Landesverband Gartenbau

Gäste:

Karl Zimmermann

Forstverwaltung / Landesbetrieb Wald und Holz

Verwaltung:

Alexander Lünenbach

Beigeordneter Dezernat III

Conchita Laurenz

Fachbereich Bürger und Straßenverkehr

Lothar Schmitz

Fachbereich Stadtgrün

Brigitte Beier-Witte

Fachbereich Umwelt

Milena Klumb

Fachbereich Umwelt (UNB)

Jürgen Kossler

Fachbereich Umwelt (UNB)

Schriftführung:

Monika Metzemacher

Fachbereich Umwelt (UNB)

Es fehlen:

Mitglieder:

Mechtild Höller

Bund für Umwelt- und Naturschutz
Deutschland (BUND)

Inge Eisele

LandesSportBund NRW

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	4
2 Niederschrift 17. Sitzung	4
3 Optimierung der Wiesenpflege in Leverkusen - Antrag Nr. 2018/2412 - Ratsbeschluss RAT/042/2018	4
4 Aus der Tagesordnung des Bürger- und Umweltausschusses 29. Sitzung am 16.05.2019 1. Schloss Morsbroich Prüfung Parkflächen (Vorlage Nr. 2019/2872) (es geht um mögliche Alternativen für Parkplatzflächen) 2. Umweltgerechte Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen im städtischen Eigentum (Vorlage-Nr. 2019/2818).....	5
5 Mitteilung des Vorsitzenden.....	11
6 Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB)	12
7 Verschiedenes.....	12

Öffentliche Sitzung

1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende Herr Baumhögger eröffnet die Sitzung des Naturschutzbeirates und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 **Niederschrift 17. Sitzung**

Der Naturschutzbeirat nimmt die Niederschrift über die 17. Sitzung (18. TA) vom 12.03.2019 zur Kenntnis.

Aus dem Gremium wird die Bitte geäußert, künftig die im Naturschutzbeirat zu besprechenden Vorlagen im Ratsinformationssystem mit der Einladung zu verknüpfen. Die Verwaltung sagt zu, sich nach den technischen Möglichkeiten zu erkundigen.

Herr Rees legt ein Schreiben vom 06.05.2019 mit Einwendungen zur Niederschrift vor. Herr Baumhögger weist erneut darauf hin, dass die Niederschrift das Resultat der Sitzung festhalten soll und es sich dabei nicht um ein Wortprotokoll handelt.

3 **Optimierung der Wiesenpflege in Leverkusen**

- Antrag Nr. 2018/2412
- Ratsbeschluss RAT/042/2018

Herr Schmitz (Fachbereich Stadtgrün) und Frau Klumb stellen die Präsentation zum Thema vor.

Basierend auf dem Ratsbeschluss RAT/042/2018 haben die Fachbereiche Umwelt und Stadtgrün gemeinsam daran gearbeitet, die Wiesenpflege in Leverkusen zu extensivieren und so ökologischer zu gestalten. Dazu wurden Flächen ermittelt, bei denen die Mähmethode von Schlegelmäher-Mahd auf Balkenmäher-Mahd umgestellt und damit insektenschonender gestaltet werden kann.

Es werden einige Beispielflächen vorgestellt, die ab dem Jahr 2019 mit dem Balkenmäher statt wie bisher mit dem Schlegelmäher gepflegt werden. Zudem darf auf diesen Flächen zukünftig eine Mahd erst ab dem 15.06. eines Jahres erfolgen und die Häufigkeit der Mahd wird auf ein- bis zweimal jährlich reduziert. Insgesamt erhöht sich die durch Fachbereich Stadtgrün zur Balkenmäher-Pflege vergebene Fläche im Jahr 2019 um 8 Hektar auf nun 14,7 Hektar.

Laut Herrn Schmitz sollen die geänderten Pflegemethoden hinsichtlich ihrer Praktikabilität am Ende des Jahres überprüft werden. Zudem soll erneut ge-

prüft werden, ob im kommenden Jahr 2020 zusätzliche Wiesenflächen aus der Schlegelmäher-Pflege herausgenommen und zukünftig mit dem Balkenmäher oder durch Beweidung gepflegt werden können.

Herr Schulz fragt nach, ob es für die Flächen einen Pflegeplan gibt. Herr Schmitz informiert, dass eine Wiesenmahd mit dem Balkenmäher ein- bis zweimal jährlich und nicht vor dem 15.06. erfolgt.

Herr Dr. Eilmus lobt die Initiative, da sie in die richtige Richtung gehe.

Herr Rees fragt nach, ob die in der Präsentation erwähnten 6,7 Hektar bzw. ab 2019 14,7 Hektar die einzigen mit dem Balkenmäher gepflegten Wiesenflächen seien.

Frau Klumb führt aus, dass neben den erwähnten 14,7 Hektar, die durch Fachbereich Stadtgrün an einen Landwirt vergeben werden, noch weitere Flächen in der Betreuung des NABU hinzukommen. Insgesamt beläuft sich die mit dem Balkenmäher gemähte Wiesenfläche in Leverkusen im Jahr 2019 auf ca. 39 Hektar.

Herr Bosbach weist darauf hin, dass der 15.06. als frühestes Datum für die Wiesenmahd nur für die städtischen Flächen gelte.

Herr Zimmermann weist auf einen Erlass hin, wonach die Forstverwaltungen gemeinsam mit den Feuerwehren im Rahmen des Brandschutzes darauf achten müssen, dass Waldwege nicht zuwachsen, um die Rettungswege freizuhalten.

4 **Aus der Tagesordnung des Bürger- und Umweltausschusses 29. Sitzung am 16.05.2019**

1. Schloss Morsbroich Prüfung Parkflächen

(Vorlage Nr. 2019/2872)

(es geht um mögliche Alternativen für Parkplatzflächen)

2. Umweltgerechte Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen im städtischen Eigentum (Vorlage-Nr. 2019/2818)

1. Schloss Morsbroich Prüfung Parkflächen

Herr Beigeordneter Lünenbach erläutert eingangs, dass es um eine Attraktivierung des Schlosses gehe. In diesem Zusammenhang gehe es um das Parken im Umfeld des Schlosses. So wurden durch die Verwaltung neun Alternativen für die Einrichtung von Parkflächen entwickelt, die nun vom Fachbereich Bürger und Straßenverkehr und von der Unteren Naturschutzbehörde vorgestellt werden.

Alternative 1 – Karl-Carstens-Ring (einseitig)	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - favorisiert diese Variante - liegt nicht im Landschaftsschutzgebiet 	<ul style="list-style-type: none"> - favorisiert diese Variante - Gehweg mit Schwellen absperrbar - im vorderen Bereich bereits eingerichtet

Nach Auffassung von Herrn Bosbach sollten alle Alternativen, die zu weit entfernt sind, ausgeschlossen werden. Es sei denn, die bestehenden Parkplätze am Schloss werden als Behindertenparkplätze ausgewiesen.

Laut Herrn Kossler sollte der bestehende Parkplatz auf jeden Fall bewirtschaftet werden. So werde der Parkplatz z. B. zurzeit von Klinikum-Personal/Besuchern und Hundebesitzern genutzt. Für die Museumsbesucher sollten jedoch keine Kosten entstehen. Die Möglichkeit der Bewirtschaftung des Parkplatzes sei im weiteren Verfahren zu prüfen.

Alternative 1a – Karl-Carstens-Ring (beidseitig)	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - favorisiert diese Variante - liegt nicht im Landschaftsschutzgebiet 	<ul style="list-style-type: none"> - ebenfalls favorisierte Variante

Für eine Reduzierung des Fußweges regt Herr Bosbach an, den Zugang über eine vorhandene Brücke zu ermöglichen.

Alternative 2 – Schulparkplätze	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - keine Bedenken und Hinweise 	<ul style="list-style-type: none"> - Problem: Schüler- und Anwohnerverkehr, Restaurant- und Museumsbesucher

Alternative 3 – Fläche Karl-Carstens-Ring, Morsboicher Straße	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - im Einvernehmen mit Förster Zimmermann wird diese Alternative abgelehnt, da Wald und Landschaftsschutzgebiet 	<ul style="list-style-type: none"> - ebenfalls favorisierte Variante

Alternative 4 – Tieflage bestehender Parkplatz Schloss Morsbroich	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - favorisiert diese Variante 	<ul style="list-style-type: none"> - Obere Denkmalbehörde wird nicht zustimmen - private Ansprüche des Obstgutes

Alternative 5 – Kastanienallee	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - wird als Standort abgelehnt - die Nutzung der Kastanienallee als Parkraum ist nur mit Eingriffen in die Allee möglich - Alleen sind nach dem LNatSchG geschützt 	<ul style="list-style-type: none"> - für belastbare Aussagen müssen konkrete Planunterlagen vorliegen - insbesondere zur Gefährdungsbeurteilung für Fußgänger und Radfahrer

Alternative 6 – Klinikum Parkhäuser	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
Ausbau der temporären Baustellenzufahrt a) für Autos – im Einvernehmen mit dem Förster Zimmermann abgelehnt (ein Waldumwandlungsverfahren wäre erforderlich) b) als Fuß- und Radweg <u>möglich</u> : <ul style="list-style-type: none"> - mit wassergebundener Decke und - (insektenfreundliche) Beleuchtung - Verkehrssicherungspflicht - im Einvernehmen mit Förster Zimmermann 	<ul style="list-style-type: none"> - Verkehrsleitsystem muss installiert werden

Herr Rees hält eine Zufahrt für Autos über die derzeitige Baustellenzufahrt für schwierig. Außerdem sieht er Probleme mit der Beleuchtung im Wald; der Fußweg über die Dhünnbrücke wäre nicht wesentlich länger.

Herr Zimmermann fragt nach, ob tatsächlich die Parkplätze im Parkhaus nicht vom Klinikum selber benötigt werden. Evtl. entstehen dann dort neue Bedarfe.

Herr Lünenbach informiert, dass das Klinikum ein gewisses Parkplatzkontingent angeboten hat. Generell müsste über eine Parkraumbewirtschaftung nachgedacht werden.

Nach Meinung von Frau Odenwald-Kuppel steht und fällt das Museumskonzept mit gut erreichbaren Parkplätzen.

Alternative 7 – Gustav-Heinmann-Straße (Sperrung einer Spur)	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
<ul style="list-style-type: none"> - keine Betroffenheit UNB 	<ul style="list-style-type: none"> - die zu Stoßzeiten schon bestehende Staulage lässt eine dauerhafte Sperrung nicht zu - eine sporadische Sperrung für einzelne Veranstaltungen an Samstagen oder Sonntagen ist

	denkbar - Platz für die Haltstelle von Gelenkbussen wird benötigt - lt. Wupsi ist mit Fahrplanwechsel ein engerer Bustakt vorgesehen (alle fünf Minuten)
--	--

Alternative 8 – Parkpalette über Gustav-Heinemann-Straße	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
- grundsätzlich keine Betroffenheit	

Alternative 9 – Gustav-Heinemann-Straße (gegenüber dem Schloss)	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
- im Einvernehmen mit Förster Zimmermann wird diese Alternative abgelehnt, da Wald und LSG	

Alternative 10 – (ursprünglich geplanter Standort)	
Untere Naturschutzbehörde	Fachbereich Bürger und Straßenverkehr
- im Einvernehmen mit Förster Zimmermann wird diese Alternative abgelehnt, da Wald und LSG	

Frau Mayer regt an, den Bereich zu schützen und unter Naturschutz zu stellen.

Herr Lünenbach erkundigt sich nach dem Ablauf eines Waldumwandlungsverfahrens.

Herr Zimmermann erläutert das Verfahren:

1. Antrag der Stadt auf Umwandlung
2. Forstbehörde beteiligt:
 - a) Untere Naturschutzbehörde
 - b) Bezirksregierung
3. Forstbehörde wägt in Hinzunahme der Stellungnahmen a) und b) ab:
 - öffentliches Interesse an der Walderhaltung
 - öffentliches Interesse am Parkplatzbau

Herr Rees verweist auf einen Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen, bei den Planungen zum Gelände des Schlosses auf einen Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet zu verzichten. So sollte auch das Votum des Naturschutzbeirates lauten. Seiner Meinung nach sei nicht klar, ob überhaupt ein Bedarf für 100 Parkplätze bestehe. Bei dem Gastronomiebetrieb handele es sich um einen privatwirtschaftlichen Betrieb.

Laut Herrn Dr. Bell schließen sich die Alternativen 1, 1a und 2 und 7 nicht aus. Durch eine flexible Kombination sei es kostengünstig und auch ohne Probleme für die Natur möglich, 150 Parkplätze zu generieren.

Eine Möglichkeit wäre lt. Herrn Baumhögger auch, die bestehenden Parkplätze am Schloss zu bewirtschaften und 30 Parkplätze – als weitere Alternative – entlang der Feuerwehrezufahrt außerhalb des Waldes zu bauen.

Herr Dr. Meyer hält die Idee für sehr gut und schlägt vor, sie als Alternative 11 aufzunehmen.

Herr Baumhögger schlägt vor, dass sich – je nach weiterem politischen Verlauf – der Naturschutzbeirat alle Alternativen in einem Ortstermin anschaut und ggf. in einer Sondersitzung darüber entscheidet.

Im Anschluss daran lässt Herr Baumhögger den Naturschutzbeirat darüber abstimmen.

dafür: einstimmig

2. Umweltgerechte Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen im städtischen Eigentum

Nach dem Beschluss im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden vom 04.04.2019 zum Thema hat sich eine neue Beratungsfolge ergeben. Daher berichtet Frau Mayer für den BUND (unter Einbeziehung des NABU Leverkusen) über den Hintergrund des Bürgerantrages:

- UN-Studie des Weltbiodiversitätsrates warnt vor dem größten Artensterben seit 66 Millionen Jahren
- eine Millionen Arten sind in den kommenden Jahren und Jahrzehnen vom Aussterben bedroht
- Ökosysteme sind zwar anpassungsfähig, aber nicht beliebig belastbar
- das Verschwinden einer Art kann ganze Lebensgemeinschaften zum Einsturz bringen
- Fazit des UN-Rates: nur ein radikaler Wandel des menschlichen Wirtschaftens und Konsumverhaltens kann den Schaden für die Artenvielfalt noch begrenzen
- der Bürgerantrag sei nur ein winziger Schritt in die richtige Richtung
- 87 Prozent der Landwirte in Deutschland seien bereit, mehr für den Naturschutz zu tun, wenn ihre Bemühungen angemessen honoriert würden (Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts)
- Verantwortung der Landwirtschaft für das Problem des Artengrückgangs unbestritten
- die Landwirtschaft handele aber auch nicht unverantwortlicher als jeder einzelne von uns
- der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide spiele beim dramatischen Einbruch der Artenvielfalt eine wesentliche Rolle

- Herbizide wie z. B. Glyphosat vernichteten die Nahrungsgrundlage von Honig- und Wildbienen, Schmetterlingen, Käfern und damit vielen anderen Arten
- Ziel müsse es sein (unverzüglich und vor Ort), einer Landwirtschaft näherzukommen, die Artenvielfalt, Ernährung, Wasserqualität und Klimaschutz fördert statt verhindert
- für diese ökologische Umwandlung brauche es auch leistungsfähige Chemieunternehmen, die Wege aus der Giffalle entwickeln

Frau Mayer erwähnt lobend, dass bei der Bearbeitung der Grünflächen im Stadtgebiet durch die Stadt und städt. Tochterunternehmen seit 2015 kein Glyphosat mehr zum Einsatz komme. Auch die Anlage von insektenfreundlichen Blühflächen käme langsam ins Rollen. Dieser Weg sei konsequent weiterzugehen.

Um dem Ziel einer naturverträglichen Landwirtschaft näherzukommen, sollten für die Zukunft klare ökologische Kriterien an die Verpachtung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen geknüpft werden:

- Verzicht auf Glyphosat und Neonikotinoide
- Einleitung einer generellen Pestizidreduktion
- eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge und
- die Anlage von Blühstreifen und -hecken

Im Anschluss an den Vortrag von Frau Mayer ergibt sich eine kontroverse Diskussion.

Herr Dr. Denecke erkundigt sich, wieviel Hektar Ackerfläche regelmäßig mit Glyphosat behandelt wird.

Laut Herrn Kossler sind unterschiedlich große Flächen verpachtet; darunter sehr kleine und größere zusammenhängende Flächen. Nach einer Entscheidung der Stadt im Jahr 2015 wird von Fachbereich Stadtgrün und den Technischen Betrieben Leverkusen kein Glyphosat mehr eingesetzt (siehe auch Vortrag von Frau Mayer).

Die ersten Gespräche mit dem Fachbereich Finanzen, Abteilung Liegenschaften, haben ergeben, dass bestimmte Biozidgruppen ausgeschlossen werden können. Dieser Ausschluss ist nur dort sinnvoll, wo die Stadt größere, zusammenhängende Ackerflächen verpachtet.

Herr Dr. Gestermann führt aus, dass es sich bei Weiden und Ackerflächen heute nur noch um begrünte Totflächen handelt, die für Bienen und andere Insekten keine Nahrung mehr bieten.

Herr Baumhögger erläutert, dass sich der Getreideertrag in den letzten 70 Jahren bei uns fast verdreifacht hat. Das sei nur möglich mit einem gesunden Boden, einer modernen Landwirtschaft und Agrochemie. In dieser Zeit hat

sich die Weltbevölkerung verdoppelt und wäre nach althergebrachter Bewirtschaftung nicht zu ernähren.

Herr Dr. Denecke weist ebenfalls auf den Artenrückgang hin. Er bezweifelt jedoch, dass ein ‚Zurück‘ in der Landwirtschaft daran etwas ändere. Er hält neue Methoden, z. B. das Anlegen von Blüh-/Randstreifen für sinnvoller bzw. zielführender.

Er erläutert, dass der Einsatz von Glyphosat derzeit das kleinste Übel an Herbiziden sei. Glyphosat sei auf dem Acker in bestimmten Bereichen derzeit das beste Mittel. Jedoch sollte es nicht großflächig zum Einsatz kommen.

Laut Herrn Kamphausen sei der Ackerboden nicht tot. Glyphosat sei in Leverkusen kein großes Thema und werde kaum angewendet. Der gezielte Einsatz erfolge, um Konkurrenz für das Getreide auszuschalten (betriebswirtschaftliche Betrachtung). Er ist ebenfalls gegen den großflächigen Einsatz von Glyphosat. Nach seiner Auffassung sollte die Stadt die Einhaltung der Grundsätze einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft bei den verpachteten Flächen überprüfen. Bei Nicht-Einhaltung durch einzelne Pächter sollte keine Verpachtung mehr an diese erfolgen.

Außer Frage steht für Herrn Schulz, dass die Landwirte von dem leben, was sie produzieren. Dennoch stehe Glyphosat für Monokulturen. Er fragt, wie es geschafft werden könne, die Verwendung einzuschränken.

Herr Morgenstern merkt an, dass sich Insektenpopulationen nicht auf Ackerlandstreifen entwickeln; sie entwickeln sich großflächig und nicht begrenzt auf derart kleine Areale. Zudem sei von den in Ackerrandstreifen vorzufindenden Individuen kein Rückschluss darauf möglich, ob eine Population als Ganzes überlebensfähig sei.

Laut Herrn Dr. Eilmus ist das Thema Insektenschwund aus der Sicht der landwirtschaftlichen Forschung ein kompliziertes Thema. Dabei sei es wichtig, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Ein großes Problem in der Region Leverkusen sieht er in der geringen Qualität der Naturschutzgebiete. Es gäbe zu wenige Menschen, die sich um Schutzgebiete kümmern.

Nach Meinung von Herrn Rees sollten die Landwirte in Leverkusen freiwillig auf den Einsatz von Glyphosat verzichten, da dieses Herbizid nach Aussage der anwesenden Landwirte in Leverkusen offenbar keine große Rolle spiele.

5 Mitteilung des Vorsitzenden

1. Frühjahrsfeuer Gut Reuschenberg
2. Aqualon Entdeckerwoche 2019 (naturpädagogische Gewässererkundung für Kinder an der Dhünn)
3. Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 7 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zur Entnahme von Amphibienlaich aus einem Teich

Der Naturschutzbeirat nimmt die Befreiungen zur Kenntnis; Nachfragen werden von der UNB beantwortet.

6 Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB)

1. B-Plan 203/II ‚Steinbüchel – Fester Weg‘

Das Planungsbüro ISR hat eine Präsentation zum Bebauungsplangebiet erstellt. Das Plangebiet ist 14 Hektar groß - der Eingriffsbereich 8,7 Hektar. Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Untersuchung wurden keine planungsrelevanten Vogelarten nachgewiesen (nur eine Art Zwergfledermaus; kein Steinkautz). Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit liegt insofern nicht vor. Nach derzeitigem Stand soll der Ausgleich in Hitdorf, Flurstraße, realisiert werden.

2. Projekt ‚Besinnungsweg‘

Der UNB liegt ein Antrag vor, an dem rheinnahen Fuß- und Radweg zwischen der Wuppermündung und Hitdorf einen Besinnungsweg zu realisieren. Das Konzept entstammt dem integrierten Handlungskonzept Hitdorf. Hierzu sollen an fünf Standorten Grauwacke-Findlinge und -Bodenplatten gesetzt werden. Jede Station enthält zwei Texte, die zum Nachdenken anregen sollen. Die Stationen befinden sich direkt neben dem Weg. Das Projekt wird aus dem Verfügungsfond realisiert. Die UNB befürwortet die Realisierung.

3. Bürgerantrag Fuß- und Radweg von der Wupper-Pontonbrücke nach Wiesdorf entlang der A59

Der UNB liegt ein Bürgerantrag vor, den Fuß- und Radweg zu erhöhen, damit er bei Hochwasser länger befahren werden kann. Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Untersuchungen zur A1/A59 wurde keine artenschutzrechtliche Betroffenheit festgestellt. Daher hat die UNB keine Bedenken gegen die Höherlegung des Weges im Bereich der Senke auf das angrenzende Niveau.

Die Höherlegung des westlichen Weges um den Katzpuhl wurde abgelehnt.

7 Verschiedenes

1. Herr Schulz fragt nach, ob es in Leverkusen einen unabhängigen Baumkontrolleur gibt, bei dem Privatleute für wenig Geld nachfragen können. Herr Zimmermann fände es wünschenswert, wenn eine neue Stelle für einen Baumberater bei der Stadt installiert werden könnte.
2. Herr Gestermann berichtet, dass der Bestand an Schwalben/Mehlschwalben und Mauerseglern erschreckend zurückgegangen sei. Dies wurde von Herrn Morgenstern bestätigt.
3. Frau Metzemacher berichtet, dass die Legislaturperiode (analog Rat) im nächsten Jahr endet. Danach steht die Neuwahl des Naturschutzbeirates


in 2020 an.

4. Auslage Broschüre zur Mitnahme

Zeitschrift ,Natur in NRW – Nr. 1/2019

5. Der nächste reguläre Termin für den Naturschutzbeirat ist der **10.09.2019**.

Herr Baumhögger schließt - trotz weiterer Wortmeldungen von Herrn Rees - die Sitzung gegen 17:10 Uhr.



Willi Baumhögger
Vorsitzender



Monika Metzemaker
Schriftführerin